

Über das Verhältnis
zwischen Attac
und der Deutschen
Kommunistischen Partei

Globalisierungsgegner weltweit vernetzt

Udo Baron/Manfred Wilke

Ob Wirtschafts-, Arbeits-, Finanz- oder Umweltpolitik, die Probleme unserer Gesellschaft lassen sich heutzutage nicht mehr national, sondern nur noch supranational lösen. Märkte und Konzerne operieren, Gesellschaften kommunizieren in erster Linie transnational. Vor allem der technologische Fortschritt führt dazu, dass die nationalen Grenzen zunehmend verschwimmen und die Menschen sich, beruflich und privat, in erster Linie auf dem internationalen Parkett bewegen. Die Globalisierung, verstanden als weltweite Ausbreitung wirtschaftlicher, politischer und kultureller Aktivitäten, hat alle Bereiche unserer Gesellschaft erfasst. Politik im Zeitalter der Globalisierung wird tendenziell zur Weltinnenpolitik.

Mit dem weltweiten Siegeszug der Globalisierung hat sich aber auch eine grenzübergreifende, weltweit vernetzte „Anti-Globalisierungsbewegung“ herausgebildet. Sie wendet sich gegen den ihrer Meinung nach „neoliberalen“ Kurs dieser Entwicklung und wirft ihr vor, die Ursache für weltweite Finanzkrisen, Lohnsenkungen, Ungleichheit, Demokratieverlust und somit für politischen Extremismus und Fundamentalismus zu sein. Als bedeutendste Protestgruppierung innerhalb dieser Anti-Globalisierungsbewegung kristallisierte sich eine Gruppierung unter der Bezeichnung „Association pour une taxation des transactions financières pour laïde aux citoyens“ („Vereinigung zur Besteuerung von Finanztransaktionen im Interesse der BürgerInnen“), kurz „At-

tac“ genannt, heraus. Gegründet 1998 in Frankreich, verfügt Attac heute über mehr als 90 000 Mitglieder in über fünfzig Ländern. Diese heterogene Organisation versteht sich als ein gesellschaftliches Bündnis gegen eine neoliberale Globalisierung. Ihr Ziel ist es, durch eine demokratische Kontrolle und Regulierung der internationalen Finanzmärkte für Kapital, Güter und Dienstleistungen eine „solidarische Weltwirtschaft“ als Gegenmacht zu den entfesselten Kräften der Märkte aufzubauen. Als Reaktion auf die Finanzkrisen in Mexiko 1994 und in Asien 1997 forderte Attac deshalb, mit der „Tobin-Steuer“ eine Abgabe auf Finanztransfers einzuführen und die „Offshore-Zentren“ und Steuerparadiese weltweit zu schließen. Im Rahmen ihrer globalen Kampagnenpolitik organisiert Attac alljährlich ein „Weltsozialforum“ im brasilianischen Porto Alegre als Antwort „von unten“ auf die „Weltwirtschaftsgipfel“ der führenden Industrienationen.

Auch in Deutschland ist Attac vertreten. Strukturell versteht sich Attac Deutschland als ein „politisches Netzwerk“, dem sowohl Privatpersonen als auch Organisationen als Mitglieder angehören dürfen, während lokale Untergliederungen von Parteien Mitglieder ohne Stimmrecht werden können. In Deutschland zählt Attac zurzeit 13 988 Mitglieder (Stand 1. März 2004). Darunter fallen nicht nur Organisationen wie die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, die Jugendorganisationen von SPD und Grünen, der BUND (Bund für Natur- und Umwelt-

schutz), die katholische Friedensbewegung Pax Christi oder das Netzwerk Kuba, die Christen für den Sozialismus und die PDS/Offene Liste Moers, sondern auch Einzelpersonen wie der ehemalige SPD-Bundesvorsitzende Oskar Lafontaine, die ehemalige Juso-Vorsitzende Andrea Nahles, der frühere bündnisgrüne Bundestags- und Europaabgeordnete Wolfgang Ullmann oder der frühere IG-Medien-Vorsitzende Detlef Hensche. Die Gremien von Attac setzen sich aus einem Ratsschlag, einem „Attac-Rat“, einem Koordinierungsausschuss und einem wissenschaftlichen Beirat zusammen. Unterstützt werden sie durch zahlreiche von Attac anerkannte bundesweite inhaltlich-politische Arbeitsgruppen wie die AG „soziale Sicherung“ oder die AG „Globalisierung und Krieg“ sowie diverse nicht allgemein anerkannte Arbeitsgruppen und solche, die erst noch vom Attac-Rat anerkannt werden müssen, wie die AG „Arbeit und Menschenwürde“.

„Anknüpfungspunkte für den Linksextremismus“

Auf Grund ihrer kapitalismuskritischen Einstellung und ihrer Heterogenität bietet die Anti-Globalisierungsbewegung im Allgemeinen und Attac im Besonderen zahllose Anknüpfungspunkte für den Linksextremismus. Diese Entwicklung hat zur Folge, dass inzwischen revolutionär-marxistische Organisationen und Parteien orthodox-kommunistischer oder trotzkistischer Ausrichtung und die von ihnen beeinflussten Vorfeldorganisationen starken Einfluss gewonnen haben. Ihre Protagonisten lehnen die Globalisierung als „Ausgeburt des Kapitalismus“ und neue Form der „Ausbeutung des Menschen durch den Menschen“ ab. Zugleich bedienen sie sich aber der Mittel der Globalisierung zu deren Bekämpfung. So nutzen sie nicht nur die Freiheiten der Globalisierung wie die Reise-, Presse- und Versammlungsfreiheit zur Vernetzung ih-

rer Aktivitäten, sondern auch ihre Instrumente wie das Internet, Mobiltelefone, Radio- und Fernsehstationen. Im Verlauf der letzten Jahre hat sich dadurch eine regelrechte linksextremistische Gegenkultur zur Globalisierung entwickelt. Diese vertreibt weltweit über 230 Publikationen in vierzig Verlagen zu diesem Thema und verbreitet ihre politischen Vorstellungen und Informationen vor allem über das Internet. Im Vordergrund stehen dabei als „Rote Zonen“ bezeichnete Websites wie www.nadir.de, die am 2. März 2004 vorerst geschlossene Portalseite www.partisan.net, die des Mediennetzwerkes www.indymedia.org oder die vor allem auch als Suchmaschine dienende Homepage www.d-a-s-h.org. Vor allem die als bundesweites linkes Kommunikations- und Informationsmedium firmierende „Linke Seite“ mit ihrer Website www.linkeseite.de organisiert seit September 1999 Kampagnen gegen die Globalisierung, worunter nicht nur der Kampf gegen den „Neoliberalismus“ und Kriege jeglicher Art, sondern auch die Bekämpfung von „Rassismus und Faschismus“ fällt.

Kommunistisches Agitationsfeld

Auch für die scheinbar in Vergessenheit geratene Deutsche Kommunistische Partei (DKP) ist die Anti-Globalisierungsbewegung zum neuen Agitationsfeld geworden. Stürzte der Zusammenbruch der kommunistischen Macht- und Herrschaftsapparate in den Ländern des realen Sozialismus 1989/90 zunächst auch die orthodoxen Kommunisten in eine existenzielle Krise – auf die Entlassung ihres hauptamtlichen Apparates folgte der Konkurs einiger Parteiverlage und schließlich das Ende ihrer strategischen Aufgabe, der SED zu Diensten zu sein –, so führte das Ende des SED-Interventionsapparates in der Bundesrepublik dennoch nicht zur Auflösung der DKP. Auf ihrem zehnten Parteitag im März 1990 betonte sie vielmehr ihre „Eigenständigkeit“ und vollzog

einen Generationswechsel. Die FDJ-Funktionäre der fünfziger Jahre wie der langjährige Parteivorsitzende Herbert Mies oder seine Stellvertreterin Ellen Weber, die die Politik der Partei seit ihrer Gründung im Jahre 1968 bestimmt hatten, traten in den Hintergrund. Unter dem die personelle Kontinuität gewährender Parteivorsitzenden Heinz Stehr und seinem Stellvertreter Rolf Priemer – beide gehörten bereits vor 1990 dem Präsidium und Sekretariat des Parteivorstandes an und waren noch vor 1968 der damals illegalen KPD beigetreten – schrumpfte die DKP tatsächlich zu einer politischen Glaubensgemeinschaft, die im Unterschied zur Zeit davor auf keine staatlichen Ressourcen jenseits der bundesrepublikanischen Grenzen mehr zurückgreifen konnte. Die Partei besaß aber weiterhin ein Umfeld, das mithalf, ihren Zerfall aufzuhalten. Dazu zählte in erster Linie die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten“ (VVN – BdA). Es gelang der DKP auch, ihr Zentralorgan *Unsere Zeit* (UZ) als Wochenzeitung zu behaupten und einen Teil ihres Ideologieapparates zu sichern. Dazu zählt die „Marx-Engels-Stiftung e. V.“ in Wuppertal, der Verein „Wissenschaft und Sozialismus“ in Frankfurt am Main und in München das „Institut für sozialökologische Wirtschaftsforschung e. V.“ (isw).

Schlüsselbegriffe

Das zentrale Phänomen, das es für die DKP heute mit der Methodik der marxistisch-leninistischen Imperialismusanalyse zu klären gilt, ist die Globalisierung der Märkte. Auf einem Hearing der DKP zum neuen Parteiprogramm in Berlin im März 2001 setzten sich die orthodoxen Kommunisten grundlegend mit der Globalisierung und ihrer Bedeutung für die Strategie ihrer Partei auseinander. Dem Münchener Kreisvorsitzenden der DKP, dem Parteivorstandsmitglied und Betriebsrat Leo Mayer, blieb es vorbehalten, die ideologischen

Attac-Anhänger tragen eine Nachbildung der amerikanischen Freiheitsstatue vor dem Brandenburger Tor in Berlin, die eine Rakete und ein Ölfass in den Händen hält und symbolisch mit Blut verschmiert ist.

© dpa, Foto: Michael Hanschke



Leitlinien für die Auseinandersetzung mit der Globalisierung zu formulieren. „Hauptsubjekt“ und „Triebkraft“ der Globalisierung sind für ihn die „Transnationalen Konzerne“ (TNK). Als „Träger eines mächtigen Drangs zur Überwindung der Nationen“ sprengen sie im Unterschied zu den früheren Monopolen die nationalstaatlichen Grenzen. Ihre gemeinsamen Interessen bestehen darin, durch ein globales „Lohn- und Sozialdumping“ den Lebensstandard der Arbeitnehmer in den europäischen Industrienationen abzusinken und in den Entwicklungsländern dauerhaft niedrig zu halten. Des Weiteren si-

chern sie den ungehinderten Zugriff auf strategische Ressourcen wie das Erdöl und sorgen für die Sicherung der Transport- und Kommunikationswege sowie der transnationalen Produktions- und Finanznetzwerke. Die Konsequenz der Zerstörung des Nationalstaates ist der Aufbau eines transnationalen Staates, so die Schlussfolgerung der DKP.

Die Perspektive eines transnationalen Staates verlangt eine gemeinsame geistige Grundlage. Diese ist in Form der transnationalen Medienkonzerne technisch, aber auch kulturell als „Einheitsdenken“ für die DKP bereits vorhanden, errichten diese doch „eine geistige Diktatur über alle Nationen und menschlichen Gemeinschaften und umgeben die Expansionspolitik mit der Aura von Demokratie und Menschenrechten“. Somit sind die TNK politische Subjekte, die den Nationalstaaten als gleichberechtigte Mächte gegenüber treten, wobei sich die einzelnen Staaten durch eine ungehemmte Privatisierungspolitik selbst schwächen. Damit wird zwingend der Wandel vom Sozial zum „Sicherheitsstaat“ vollzogen.

Als zweiter Schlüsselbegriff für die Analyse der Globalisierung tritt für die DKP neben den TNK der „Neoliberalismus“. Er ist ein „gesellschaftliches Gesamtkonzept“, mit dem die „Herrschenden“ ihre weltweite „Revolution von oben“ durchsetzen wollen. Der „Neoliberalismus“ ist keine ökonomische Ordnungskonzeption, sondern ideologischer Ausdruck neuer weltweit agierender Machtverhältnisse. Getragen wird er von der „wachsende[n] Schicht der Selbstständigen und der ‚Leistungsträger‘, die über größeres Geldvermögen verfügen“.

Der Unterschied zwischen dem „Neoliberalismus“ und der klassischen Nationalökonomie liegt laut den Ausführungen von Mayer darin, dass die Macht der Märkte allgemein wird. Nicht mehr nur die Ökonomie, sondern alle gesellschaftlichen und politischen Beziehungen sollen

durch den Markt reguliert werden. Der „Neoliberalismus“ wird somit zugleich Politik- und Gesellschaftskonzeption, unabhängig von aktuellen Regierungskonstellationen.

All diese Prozesse gipfeln in einer neuen „Weltordnung“. Damit ist die begriffliche Trias „Transnationale Konzerne“, „Neoliberalismus“ und „Neue Weltordnung“ formuliert, um die Wesensmerkmale der neuen Formation des Kapitalismus zu bestimmen. Trotz ökonomischer Globalisierung und Multipolarität ist es auch und gerade nach dem Ende des Kalten Krieges für die orthodoxen Kommunisten die Dominanz der USA, die dieser „Neuen Weltordnung“ – unter Einschluss der Interessen der Verbündeten und gleichzeitigen Konkurrenten – politisch den Stempel aufdrückt.

Bündnispolitik als Instrumentarium

Mit seinen Ausführungen diagnostiziert Mayer zugleich die Konfliktlinien zwischen den Vereinigten Staaten und ihren Verbündeten. Je mehr Investitionen der TNK im Ausland liegen und je mehr sich der Widerspruch zwischen Nord und Süd in der Weltpolitik verschärft, umso wichtiger wird ein Gewaltapparat, der global die Interessen des Finanzkapitales sichert. Die Vereinigten Staaten als zurzeit konkurrenzlose Militärmacht stellen diesen Machtapparat dar, der – mit Widersprüchen und Gegensätzen – die kollektiven Interessen des Weltimperialismus vertritt, und zwar mit ökonomischen und militärischen Mitteln. Auch der Krieg gegen den internationalen Terrorismus dient in diesem Zusammenhang nur der Absicherung und Fortsetzung der Globalisierung mit militärischen Mitteln. Als Reaktion auf diese Entwicklung fordert er in Anlehnung an Lenins Umgang mit dem Imperialismusbegriff den Begriff der „Globalisierung“ aufzugreifen, ihn „wissenschaftlich“ aufzubauen und die Zielgruppen Friedens-,

Antiglobalisierungs- und Gewerkschaftsbewegung durch Anknüpfen an ihre Erfahrungen anzusprechen. Um sich den Zugang zur globalisierungskritischen Bewegung nicht zu versperren, sollte künftig von „Globalisierung“ statt von „Internationalisierung“ gesprochen werden.

Wie schon zur Zeit des Kalten Krieges, so gehört auch im Zeichen der Globalisierung die Bündnispolitik zu den unverrückbaren Instrumentarien der DKP. Damals wie heute gilt es, über das eigene Umfeld hinaus Verbündete im außerparlamentarischen Raum, in den nicht kommunistischen Kreisen der bundesrepublikanischen Gesellschaft zu finden und für die eigenen Interessen zu instrumentalisieren.

Auch heutzutage ist die DKP deshalb in den für sie strategischen außerparlamentarischen Aktionsfeldern präsent, in den Gewerkschaften, den neuen sozialen Anti-Globalisierungsbewegungen und im „Friedenskampf“. Dabei agiert die Partei nach überkommenen Aktionsmustern, in den Gewerkschaften geht es um die Aktionseinheit vornehmlich mit den Sozialdemokraten im Kampf gegen die Modernisierung des Sozialstaates durch die rot-grüne Bundesregierung, in der Anti-Globalisierungsbewegung dagegen um deren Ausrichtung auf den Kampf gegen die „Transnationalen Konzerne“, während sich ihre Vernetzung mit der Friedensbewegung gegen die militärische Durchsetzung der Globalisierung durch den behaupteten Weltherrschaftsanspruch der Vereinigten Staaten von Amerika richtet. Hinter all diesen Maßnahmen verbirgt sich auch weiterhin das alte Kampfziel, die Bevölkerung der Bundesrepublik für eine revolutionäre Veränderung der Gesellschaft im marxistisch-leninistischen Sinne zu mobilisieren.

Eine willkommene Plattform

Vor allem Attac bietet der DKP eine willkommene Plattform. Die orthodoxen

Kommunisten plädieren deshalb entschieden für die Nutzung dieser Bewegung und fordern, ihr als strategisches Ziel den „Bruch mit dem Kapitalismus“ nahe zu legen, um eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen. Die Losung von Attac, „Die Welt ist keine Ware“, positioniert die Bewegung in den Augen der DKP als Widerstandsbewegung gegen die kapitalistische Globalisierung und deren „Haupttriebkraft“, die multinationalen Konzerne. Zugleich bietet diese Bewegung die Basis für den gemeinsamen Kampf von Arbeiter- und globalisierungskritischer Bewegung, wodurch sich ihre strategische Bedeutung für die DKP weiter erhöht. Die DKP unterstützt deshalb sowohl als Organisation auf regionaler Ebene als auch über Einzelpersonen die Arbeit von Attac. So gehört beispielsweise der DKP-Kreisverband München oder die DKP-Ortsgruppe Aschaffenburg Attac als Organisation an, während das frühere DKP-Vorstandsmitglied, der Bremer Hochschullehrer Jörg Huffschnid, als Einzelperson diese Bewegung unterstützt. Huffschnid wirkt zugleich auch als Mitglied des wissenschaftlichen Beirats von Attac in den AGs „öffentliche Finanzen“ und „Europa“ mit. Hinzu kommen kapitalismuskritische „Friedensaktivisten“ aus der Zeit des Kalten Krieges wie der Berliner Professor Elmar Altvater, der Bremer Wirtschaftswissenschaftler Rudolf Hickel oder auch der Psychologe Horst-Eberhard Richter. Wie damals die Protestbewegung gegen die westliche Außen- und Sicherheitspolitik vor 1989, so unterstützt die DKP gegenwärtig die Anti-Globalisierungsbewegung. So werden beispielsweise zahlreiche globalisierungskritische Bücher über den Papy Rossa Verlag Köln vertrieben, einem der Nachfolgeverlage des früheren DKP-nahen Pahl-Rugenstein-Verlages.

Als sich auf Grund des Anwachsens von Attac auf 6000 Mitglieder für diese Bewegung verstärkt die Frage nach der

Funktionsfähigkeit von Entscheidungsstrukturen stellte, unterstützte der DKP-Kreisverband München den Vorschlag der Struktur-AG von Attac, das Konsensprinzip einzuführen. Mit dem Konsensprinzip hatten die Marxisten-Leninisten in der Vergangenheit gute Erfahrungen gemacht, vor allem in der Protestbewegung gegen den NATO-Doppelbeschluss Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre des zwanzigsten Jahrhunderts. Die Führung einer solchen Massenbewegung vermittelt sich über konzentrische Kreise, bei denen die Entscheidungen im innersten Kreis getroffen werden, der sich aus Repräsentanten beteiligter Organisationen zusammensetzt und in dem das Konsensprinzip Abstimmungen verhindert, die zu Ergebnissen führen könnten, mit denen die DKP politisch nicht einverstanden war und ist. Um den innersten Kreis gruppieren sich Basisaktivisten, die vor Ort die Bewegung mobilisieren. Unausgesprochen geht es der DKP in dieser Diskussion vor allem um die Wahrung ihrer führenden Rolle gegenüber dieser Bewegung, der sie nach ihrem eigenen Selbstverständnis erst das strategische Ziel, die Bündelung globalisierungskritischer Kräfte als Gegenkraft zur neoliberalen Politik, vorgeben muss. Mithilfe dieser Methode konnte und kann die DKP in Bewegungen steuernden Einfluss ausüben, ohne dass die Mehrheit ihrer Aktivisten, damals wie heute, der DKP angehören oder mit ihr sympathisieren mussten.

Engagement im „Friedenskampf“

Lag der ursprüngliche Fokus der Anti-Globalisierungsbewegung auf dem Kampf gegen die ungezügelte Macht der Finanzmärkte, so bekam die Globalisierung für ihre Gegner insbesondere vor dem Hintergrund der Kriege gegen Afghanistan 2001 und Irak 2003 auch ihr militärisches Gesicht. In der Anti-Globalisierungsbewegung, die sich selbst als ein Bestandteil der weltweiten „Antikriegs- und

Friedensbewegung“ sieht, wird seitdem verstärkt über den Zusammenhang zwischen „neoliberaler“ Globalisierung und Krieg diskutiert und der „aktive Widerstand gegen Kriegstreiberei und Aufruhr“ mobilisiert. Auch in dieser Frage übernimmt Attac wieder innerhalb dieser Bewegung eine Schlüsselrolle, gehört doch die Opposition gegen den Krieg zu ihrem Selbstverständnis. Unter dem Dach ihrer bundesweit agierenden Arbeitsgruppe „Globalisierung und Krieg“ haben sich zahlreiche Antikriegs- und Friedensgruppen gebildet, die sich gegen die „Politik der globalen militärischen und wirtschaftlichen Dominanz der USA“ wenden.

Vor allem durch ihre Amerika-kritische bis -feindliche Einstellung stellt Attac auch in der Friedensfrage für den politischen Linksextremismus ein Einfallstor dar, welches insbesondere die DKP für ihre Interessen zu nutzen versucht. Hat sie doch durch ihren „Friedenskampf“ gegen die westliche Sicherheitspolitik im Verlauf des Kalten Krieges schon Erfahrungen damit, die Friedenssehnsüchte der Menschen für ihre Interessen zu instrumentalisieren. Da die Sowjetunion als Friedensmacht nicht mehr vorhanden ist, setzt die DKP heute auf die Internationalisierung der Anti-Kriegsbewegung und ihre Vernetzung mit globalisierungskritischen alten und neuen sozialen Bewegungen. Begründet wird diese die Friedens- und Neutralitätswünsche vieler Deutscher aufgreifende Zielsetzung der DKP mit dem weltpolitischen Szenario eines Vierten Weltkrieges, den die Vereinigten Staaten und ihr „Kriegsblock“ angeblich führen. Das Propagandagemälde vom Vierten Weltkrieg fasst die Mobilisierungsbilder für den „Widerstand“ gegen diese Kriegspolitik ebenso zusammen wie ihre monokausale Rückbindung an die marxistisch-leninistische Imperialismusanalyse.

Um über die Friedensfrage Einfluss auf die Anti-Globalisierungsbewegung zu be-

kommen, bemühte sich die DKP um die Rekonstruktion einer Bündnisplattform für künftige Friedensbewegungen. Mit deren Hilfe will die DKP die Öffentlichkeit über „Ursachen und Hintergründe heutiger Kriege“, über den „Zusammenhang von Globalisierung, Krieg und Abbau sozialer und demokratischer Rechte“ aufklären, in der Erwartung, dass die weit verbreitete Antikriegsstimmung zum politischen Faktor wird und schließlich in aktive und eingreifende Friedenspolitik übergeht, wie es in einer ihrer Informationsbroschüren heißt. Den Auftakt hierzu bildeten 1994 die auf Initiative der DKP gegründeten „Friedenspolitischen Ratschläge“ an der Universität/Gesamthochschule Kassel. 1996 entstand aus diesem Kreis der „Arbeitsausschuss Friedensratschlag“ (AfriRa), der auch darum bemüht ist, die friedenspolitischen Aktivitäten von DKP und PDS zusammenzuführen. Sein Hauptaktivist Peter Strutyński, Dozent an der Universität Kassel, und die übrigen Funktionäre stammen überwiegend aus der DKP und ihrer Anfang der neunziger Jahre aufgelösten Vorfeldorganisation, der „Deutschen Friedens-Union“ (DFU). In seiner praktischen Politik bemüht der AfriRa sich um eine Fortsetzung des traditionellen kommunistischen „Friedenskampfes“. Der mittlerweile zum „Bundesausschuss“ aufgewertete „Friedensratschlag“ verstärkte nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 in den Vereinigten Staaten seine Bemühungen, eine in erster Linie antiamerikanische und gegen das westliche Bündnis gerichtete „Friedensbewegung“ in der Bundesrepublik zu initiieren. Zusammen mit dem von Reiner Braun, dem früheren Mitarbeiter des DFU-Vorstandsmitgliedes Josef Weber, betreuten Netzwerk „Friedenskooperative“ gelang es den Marxisten-Leninisten, unter der Bezeichnung „Achse des Friedens“ nicht nur Umweltverbände wie den Deutschen Naturnring, Gewerkschaften

wie ver.di Berlin oder die IG-Metall-Jugend für den „Friedenskampf“ zu gewinnen, sondern über Attac auch die Anti-Globalisierungsbewegung für Protestaktionen gegen die westliche Sicherheitspolitik zu mobilisieren. Einen der Höhepunkte dieser Kampagne bildete der Protest gegen den Besuch des amerikanischen Präsidenten George W. Bush in der Bundesrepublik im Mai 2002.

Diese Aktivitäten und Kooperationen wurden im Vorfeld des Irak-Krieges von 2003 fortgeführt. So mobilisierte die Attac AG „Globalisierung und Krieg“ mit einer „Friedenstour“ durch sechzehn deutsche Städte zu den bis dato größten Antikriegsdemonstrationen in Deutschland. Die Einschätzung der Beweggründe der Vereinigten Staaten und Großbritanniens, militärisch gegen den Irak vorzugehen, lagen dabei ganz auf der Linie der Analyse des Münchner Programmzirkels der DKP. Auf dem „9. friedenspolitischen Ratschlag“ im Dezember 2002 wurde den Alliierten der Bundesrepublik unterstellt, es gehe ihnen weniger um einen Anti-Terror-Kampf, sondern vielmehr „um die Durchsetzung geostrategischer und wirtschaftlicher Interessen in einer der energiereichsten (Öl-)Regionen der Welt“.

Gegen die „Weltkriegselite“

Nach dem Irak-Krieg zog die Münchener DKP eine erste Bilanz der Anti-Kriegsbewegung und bestimmte deren künftige „Hauptaufgabe“. Diese sieht sie in einer weiteren Internationalisierung und Vernetzung dieser Bewegung mit der Anti-Globalisierungs- und anderen Sozialbewegungen. Inhaltlich steht dabei die Aufklärung über die Rolle der „Multis und ihres politisch-militärischen Hauptagenten, des US-Imperialismus“, der „Hauptgefahr für den Weltfrieden“, im Vordergrund. Die „Hauptaufgabe“ der Friedensbewegung besteht deshalb für die DKP-Autoren darin, den „Kriegs-

block“ aus den USA und ihren Verbündeten weltweit zu isolieren und ihm, beispielsweise durch die Auflösung amerikanischer Militärstützpunkte in Deutschland, den Boden für seine „Angriffskriege“ zu entziehen.

Auch vor Ort tat der Kreisverband München der DKP das ihm Mögliche im „Friedenskampf“. Derzeit kann die politische Glaubensgemeinschaft DKP nur verbal, im „ideologischen Kampf“ zuschlagen. In München gibt es dafür seit Jahren ein Ereignis, das sich als Anlass einer Schlacht im „Friedenskampf“ geradezu anbietet: die aus der früheren „Münchener Wehrkundetagung“ hervorgegangene „Konferenz für Sicherheitspolitik“, die alljährlich im Februar tagt. Für die DKP versammelt sich dort die „Weltkriegselite“, der es einen gebührenden Empfang zu bereiten gilt. Die orthodoxen Kommunisten sorgten deshalb in den letzten Jahren für die Kontinuität des Protests gegen diese Tagung, indem sie beispielsweise die Mitglieder ihrer Jugendorganisation, der „Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend“ (SDAJ), in Gruppen wie „Schüler für den Frieden“ oder Attac platzierten und Protestaktionen gegen die Sicherheitskonferenz vorbereiten ließen. Nicht zu Unrecht kann Leo Mayer heute verkünden, dass „selbst unter den heutigen Bedingungen Kommunisten eine ent-

scheidende, ja unverzichtbare Rolle in Bündnissen spielen können“.

Natürlich ist die Anti-Globalisierungsbewegung im Allgemeinen und Attac im Besonderen weder ein Produkt noch eine Marionette der DKP oder anderer links-extremistischer Parteien und Gruppierungen. Aufgrund ihrer personellen und strukturellen Heterogenität ließe sich diese Bewegung weder von der DKP noch von einer anderen extremistischen Partei oder Gruppierung in Gänze für deren Interessen instrumentalisieren. Aber wie schon zu Zeiten des Kalten Krieges, so ist es vor allem der DKP auch heute wieder gelungen, sich als ein fester Bestandteil einer großen außerparlamentarischen Bewegung zu etablieren und vor allem in theoretischer Hinsicht Einfluss auf ihre politische Ausrichtung zu nehmen. Den Marxisten-Leninisten fehlen zwar im Gegensatz zu früher die finanziellen und organisatorischen Kapazitäten, ihre Feindbildprägung – vom Antikapitalismus bis zum Antiamerikanismus – wirkt aber auf die heutige Anti-Globalisierungsbewegung in Deutschland genauso verführerisch wie auf die westdeutsche Friedensbewegung im zwanzigsten Jahrhundert. Gerade deshalb sollten Attac und die Anti-Globalisierungsbewegung wachsam sein, um nicht in die gleiche Falle wie frühere Protestbewegungen zu laufen.

Veränderungskräfte

„Globalisierung bedeutet aber mehr als nur Wirtschaftswachstum: Es bedeutet freien Austausch von Gedanken und Ideen und größere Mobilität der Menschen. Dies wird uns auch nicht einfach aufgezwungen, sondern ist das Ergebnis von Veränderungskräften, die tief in der menschlichen Natur verwurzelt sind: der Drang nach Freiheit und einem besseren Leben, nach neuen Entdeckungen und nach einer Erweiterung des Horizontes. Deshalb macht es auch keinen Sinn, das Rad zurückdrehen zu wollen. Globalisierung ist, für sich genommen, weder gut noch schlecht. Sie hat Chancen und Risiken. Das heißt, wir müssen die Chancen nützen und gleichzeitig die Risiken begrenzen.“

Horst Köhler am 15. November 2002 anlässlich der Verleihung des Preises Soziale Marktwirtschaft der Konrad-Adenauer-Stiftung an Werner Otto.